

Drohungen gegenüber Lehrerinnen und Lehrern an Schaffhauser Schulen

Drohungen gegenüber Lehrpersonen sind zum Glück an unseren Schulen nicht alltäglich, sie sind aber leider auch nicht mehr selten. Eltern und Schüler lassen ihren Frustrationen manchmal in unangemessener Form freien Lauf. In solchen Fällen gibt es für uns nur einen gangbaren Weg: Wir informieren die zuständigen Instanzen, welche sich mit Umsicht dem Fall annehmen und ihn fachlich kompetent begleiten und lösen. Wir stellen gegenüber den Drohenden klar, dass solches Verhalten wiederrechtlich ist und wir entsprechende Schritte dagegen einleiten.

Wir Lehrpersonen sind darauf angewiesen, in erster Linie Schutz und Unterstützung von den zuständigen Behörden zu erfahren. Fachleute müssen ein allfälliges Risiko für eine bevorstehende Tat seriös abklären und entsprechende Massnahmen einleiten.

Nicht zielführend oder gar kontraproduktiv ist aus Sicht des Schaffhauser Lehrervereins LSH, wenn Einzelpersonen aus persönlichen oder politischen Motiven solche Vorfälle zum Anlass nehmen, sich und dem Täter Öffentlichkeit zu verschaffen. Im Gegenteil: dies könnte sogar potentielle Täter noch zusätzlich animieren, denn ein öffentliches Echo ist ihnen ja gewiss. Parlamente haben die Aufgabe als Aufsichtsbehörden zu prüfen, ob in der Bewältigung solcher schulischen Vorfälle effizient, professionell und gesetzeskonform gehandelt wurde. Allfällige Fehler in diesem Zusammenhang soll die Aufsicht benennen, analysieren und korrigieren. Als Vertreter der Schaffhauser Lehrerinnen und Lehrer erwarten wir aber von der Politik, dass Politiker ihrer Aufsichtspflicht ernsthaft, lösungs- und sachorientiert nachkommen und der Versuchung widerstehen, solche Fälle als Inszenierung für dauernden Wahlkampf zu benutzen.

Für Lehrerinnen und Lehrer Schaffhausen LSH
Cordula Schneckenburger, Präsidentin